

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen**

70. Sitzung  
21. Januar 2016

Beginn: 10.05 Uhr  
Schluss: 12.21 Uhr  
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Sabine Bangert** (GRÜNE) erkundigt sich, wie der Senat sicherstelle, dass der Arbeitsmarktdienstleister zgs Consult GmbH – bestehend aus Zukunft im Zentrum GmbH, gsub GmbH und SPI Consult GmbH – in der Umsetzung von Maßnahmen nicht mit Trägern konkurriere.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) versichert, dass dies sichergestellt sei.

**Margit Zauner** (SenArbIntFrau) berichtet, mit dem Angebot hätten die arbeitsmarktlichen Dienstleister eine Eigenerklärung abgegeben, mit der sie es sicherstellten. Die zgs consult GmbH müsse dies bei der Prüfung von Anträgen sicherstellen. SenArbIntFrau werde sich dies im Rahmen der fachaufsichtlichen Prüfung nachweisen lassen.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass dies in der letzten Förderperiode trotz Zusage nicht funktioniert habe. Träger seien Maßnahmen abgelehnt worden, die später an der Vergabe beteiligte Träger zugesagt bekommen hätten. Wie kontrolliere der Senat?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) versichert, dass dies im Rahmen der Fachaufsicht kontrolliert werde. Falls Gegenteiliges bekannt werde, solle dies SenArbIntFrau gemeldet werden.

**Evrin Sommer** (LINKE) fragt, warum Abgeordnete nicht zur Festveranstaltung 25 Jahre Landesgleichstellungsgesetz im IG Metall-Haus eingeladen worden seien.

**Staatssekretärin Barbara Loth** (SenArbIntFrau) stellt richtig, dass alle frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen eingeladen worden seien.

**Evrin Sommer** (LINKE) möchte wissen, warum die Frauensenatorin bei einer solch wichtigen Veranstaltung nicht anwesend gewesen sei.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) antwortet, sie sei wegen eines ernsten Krankheitsfalls in der Familie verhindert gewesen.

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) wünscht Auskunft über die durchschnittliche Dauer der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen in Berlin.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen schon lange von SenArbIntFrau vorangetrieben werde, nicht erst seit der Ankunft der Flüchtlinge im letzten Jahr. Das IQ-Netzwerk und in Muttersprache beratende und begleitende Stellen kümmerten sich bereits seit Jahren um die Anerkennungsverfahren von geflüchteten Menschen. SenArbIntFrau arbeite mit den Kammern und den verschiedenen Stellen, die die Anerkennung bescheinigten, eng zusammen. Gemeinsam wolle man erreichen, dass nach der Beratung auch Anträge gestellt würden. Erfahrungsgemäß führe dies meist zur Vollanerkennung, seltener zur Teilanerkennung. Die Anzahl der Verfahren aber sei nicht zufriedenstellend. Derzeit werde ein Härtefallfonds eingerichtet, damit die Kosten des Anerkennungsverfahrens kein Hinderungsgrund mehr seien. Wichtig sei auch die Kompetenzfeststellung in der Praxis, wenn es den Geflüchteten nicht möglich sei, Dokumente von den Heimatländern zu bekommen. Dies werde von den Kammern unterstützt.

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) zeigt sich erfreut, dass die zentrale Forderung der Opposition nach einem Härtefallfonds nun umgesetzt werde. Wie habe sich die Dauer der Anerkennungsverfahren seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes verändert?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) berichtet, Statistiken belegten die Zahl der Beratungsgespräche und Anträge differenziert nach Kammern und im Vergleich zum Bund. Die Zahlen würden den Ausschussmitgliedern nachgeliefert. Sie hoffe, mit dem Härtefallfonds die Zahl der Anträge erhöhen zu können.

**Vorsitzende Anja Kofbinger** teilt mit, dass die Fraktionen von SPD und CDU auf eine Frage verzichteten und die Aktuelle Viertelstunde abgeschlossen sei.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0103](#)  
ArbIntFrau  
**Fortentwicklung des Projekts Kiezmütter und anderer integrationspolitischer Hilfsmittel**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)
  
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0211](#)  
ArbIntFrau  
**Stadtteilmütter – ein Weg in gesicherte Beschäftigung I**  
**Begleitung auf dem Weg zur Qualifikation für den 1. Arbeitsmarkt**

- c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/2334  
**Stadtteilmütter – ein Weg in gesicherte  
Beschäftigung II  
Sicherung und Entwicklung der Arbeit von  
Stadtteilmüttern/Integrationslotsen/innen in Berlin**
- [0217](#)  
ArbIntFrau  
Haupt

**Burgunde Grosse** (SPD) bittet um Auskunft, was bezüglich der Fort- und Weiterentwicklung des wichtigen und erfolgreichen Projekts unternommen worden sei.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) erläutert, mit den zwei Anträgen fordere ihre Fraktion die Weiterentwicklung des Programms Stadtteilmütter/Integrationslotsen und -lotsinnen. Zum einen sollten die betreffenden Frauen und Männern so qualifiziert werden, dass sie eine Berufsperspektive mit Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt nach der Beschäftigung als Stadtteilmutter/Integrationslotse hätten. Dafür sollten Qualifikationsprofile und mehrjährige individuelle Stufenpläne für eine berufliche Weiterentwicklung erarbeitet werden. Lagen die Voraussetzungen vor, solle die Ausbildung in voller Länge gefördert werden.

Zum anderen solle ein Konzept vorgelegt werden, wie das Programm gesichert, verstetigt und ausgebaut werden könne. Damit könnten die qualifizierten Kräfte Arbeitsplätze finden. Sie könnten etwa in den Bezirken zur Unterstützung der qualifizierten Sozialarbeiter/-innen eingesetzt werden. Auch freie Träger solle es über Zuwendungen möglich sein, ehemalige Stadtteilmütter und Integrationslotsen einzustellen und abrechnen zu können. Dort sollten sie weiterhin Zuarbeit leisten können.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) betont, die Stadtteilmütter, Kiezmütter und Integrationslotsen seien weit über Berlin hinaus als Erfolgsgeschichte bekannt und ein Erfolgsschlag. Sie hätten immer wieder großen Anteil am Gelingen von Integrationsbemühungen. Die Vielfalt von Konzeptansätzen und Finanzierungsquellen wolle SenArbIntFrau im Landesprogramm qualifizieren, vereinheitlichen und eine Qualitätssicherung erreichen. Im Landesprogramm seien 157 Integrationslotsinnen, -lotsen und Stadtteilmütter beschäftigt. Dazu kämen über Beschäftigungsmaßnahmen finanzierte Stadtteilmütter und Integrationslotsen; die Zielzahl von 250 sei nahezu erreicht. Insgesamt seien also Stellen vorgesehen.

Über das Landesprogramm seien die Integrationslotsen erstmalig nach Tarif – und nicht mehr abhängig von Beschäftigungsmaßnahmen – bezahlt worden. Dies begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Landesprogramm. Derzeit werde ein Berufsbild entwickelt. Für die Teilnehmenden, meist selbst Migrantinnen und Migranten, sei die Lotsentätigkeit hilfreich auf ihrem Weg in eine Beschäftigung.

Weiterhin sei es wichtig, Stadtteilmütter und Integrationslotsen über FAV zu fördern, damit ständig neue erwerbslose Personen qualifiziert würden und sich auf Stellen im Landesprogramm bewerben könnten. Da das Landesprogramm ausgebaut werde, entstünden dort neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Mit den FAV-Stellen werde die Berufsfähigkeit der Teilnehmerinnen erhöht. Die Betroffenen würden rechtzeitig vor Auslaufen der Maßnahme individuell beraten, welche Anschlussqualifizierung sinnvoll sei. Sie müssten nicht zwangsläufig für den sozialen und pädagogischen Bereich qualifiziert werden. Für das Qualifikationsprogramm seien deshalb einheitliche Basismodule und weiterführende Module entwickelt worden. Dazu gebe es Supervision und Evaluation.

**Andreas Germershausen** (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) erklärt, mit der seit 2013 eingesetzte einheitlichen Qualifizierung würden alle Integrationslotsinnen und -lotsen basisqualifiziert. Mit Zusatzqualifizierungsmodulen könnten weitere Qualifizierungen in verschiedenen Arbeitsfeldern erworben werden z. B. in der Pflege, im Gesundheitsbereich, in der Beratungsarbeit mit Geflüchteten. Die Zahl der für Geflüchtete eingesetzte Lotsen sei stark erhöht worden, demzufolge auch die Qualifizierung für diese Arbeit. Im Januar sei eine spezielle Weiterqualifizierung für den Umgang mit Frauen und LSB-TI-Flüchtlingen, die Gewalterfahrungen hätten machen müssen, angeboten worden. Damit habe SenArbIntFrau schnell auf die jüngsten Ereignisse und Diskussionen reagiert. Die einheitliche Qualifizierung führe auch dazu, dass Integrationslotsinnen und -lotsen auf mehreren Arbeitsgebieten des ersten Arbeitsmarkts eingestellt würden.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fragt, ob nach der Ausschreibung ein neuer oder der alte Träger das Programm umsetze. Welcher Art sei das Vergabeverfahren gewesen? In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dregger (CDU) habe der Senat auf höherwertige Tätigkeiten im Rahmen des Landesrahmenprogramms verwiesen. Welche seien dies? – Welche Erfahrungen gebe es mit der Arbeit der mobilen Lotsinnen und Lotsen am LAGeSo und in Flüchtlingsunterkünften? Wie funktioniere die Zusammenarbeit zu den Lotsen vor Ort?

Besonders erfreut sei sie über das Vorhaben, ein Berufsbild zu entwickeln. Solle der Beruf nur landesweit anerkannt werden, oder versuche man, dies auch bundesweit zu erreichen? Wenn es ein Landesberufsbild sein solle, stimme man sich mit dem Land Brandenburg ab? Wann könne das Berufsbild eingeführt werden?

Zum Grünen-Antrag Drucksache 17/2265: Da es nicht falsch sei, Menschen zu qualifizieren, schade der Antrag nicht, doch könne auf diesem Weg nicht die Arbeit der Stadtteilmütter abgesichert werden. Dies würde nur ein Berufsbild leisten. Die Arbeit der Stadtteilmütter und Integrationslotsen sei eminent wichtig, deshalb müsse sie unbedingt abgesichert werden. Ihre Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Habe sich der Grünen-Antrag Drucksache 17/2334 durch das Landesprogramm nicht erledigt?

**Rainer-Michael Lehmann** (SPD) weist darauf hin, dass der Einsatz von Stadtteilmüttern/-Integrationslotsen eine Erfolgsgeschichte sei. Die Idee eines Bezirks sei erfolgreich weiterentwickelt und von anderen Bezirken übernommen und nun als Landesprogramm verstetigt worden. Jetzt folge die Entwicklung eines Berufsbildes. Deshalb hätten sich beide Anträge der Grünen überholt, teils seien sie schon umgesetzt, teils würden ihre Forderungen in Angriff genommen. Die SPD werde sie ablehnen.

**Burkard Dregger** (CDU) zeigt sich erfreut, dass alle Fraktionen das Projekt Stadtteilmütter positiv beurteilten und es in gemeinsamer Anstrengung gelungen sei, das Programm auszubauen, das vor dem Hintergrund des Flüchtlingszustroms von großer Bedeutung sei. Wie lange arbeiteten vorher erwerbslose Personen als Stadtteilmütter/Integrationslotsen? Wann stelle sich die Frage nach einer beruflichen Alternative? Welche Perspektiven hätten sie auf dem ersten Arbeitsmarkt nach einer Weiterqualifizierung? Kämen Instrumente der Jobcenter zu ihrer Weiterqualifikation in Frage?

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) stellt fest, dass auch die Piratenfraktion das Projekt für sinnvoll halte. Die Notwendigkeit einer Weiterqualifikation der Betroffenen, die ihnen eine Be-

schäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt ermögliche, spreche für die vorliegenden Anträge. Treffe es zu, dass die das Berufsbild erarbeitende Expertengruppe bereits im Januar Ergebnisse präsentieren könne? Wie sei der Stand der Ausweitung des Landesprogramms im „Akropolis-Modell“ mit drei Säulen Stadtteilmütter, Wegweiserlotsinnen und -lotsen sowie Integrationslotsinnen und -lotsen für geflüchtete Menschen? Warum müsse in drei Gruppen unterschieden werden? Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten die Qualifizierungen z. B. für Sozialassistenten und Coaching, die die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen sollten?

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) begrüßt, dass Qualifikationsmodule entwickelt worden seien und dass auf die Bedarfe der Geflüchteten in den Unterkünften eingegangen werde. Nicht geklärt sei aber, was mit den qualifizierten Personen nach Ablauf ihrer Tätigkeit als Stadtteilmutter/Integrationslotsen geschehe. Wenn sie nicht im Landesprogramm beschäftigt würden, hätten sie keine bessere Perspektive als zuvor. So würden Ressourcen verschwendet. Wie viele der Stadtteilmütter und Integrationslotsen hätten es geschafft, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Arbeit aufzunehmen? Ihre Fraktion schlage mit dem Antrag Drucksache 17/2334 Maßnahmen vor, wie weitere Berufsfelder bei freien Trägern und in den Bezirken eröffnet werden könnten. Da viele Stadtteilmütter keinen Schulabschluss hätten, helfe ihnen das Berufsbild nicht weiter. Für diese gute Arbeit leistende Frauen sollten andere Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung gefunden werden.

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) weist darauf hin, dass seit Einführung der Beschäftigung von Stadtteilmüttern die Qualifizierung standardisiert und verbessert worden sei. Über eine Basisqualifizierung erlernten sie die für ihre Tätigkeit notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten. Inzwischen lägen auch ein Handbuch und Handreichungen für Trainerinnen und Trainer vor. Für die Zusatzqualifizierungen existiere ein Themenkatalog als Grundlage. Der dritte Baustein sei der Ausbau beruflicher Perspektiven, die individuell zugeschnitten und über Coaches vermittelt würden. Individuelle Berufswegeplanung könne nicht per Programm gestaltet werden.

Offensichtlich gebe es zwei Meinungen: Die einen wollten die ehemaligen Stadtteilmütter/Integrationslotsen für den ersten Arbeitsmarkt qualifizieren, die anderen wollten, dass sie ihre wertvolle Arbeit auf Dauer weiterführten. Auch wollten viele der Stadtteilmütter die Integrationsarbeit fortsetzen. Diese Möglichkeit sei nun durch das Landesprogramm eröffnet worden. Beide Ziele sollten nicht in Konkurrenz gesehen werden. Die Verbindung von Integrationsarbeit und Qualifikation – ob als Stadtteilmutter oder für eine andere Beschäftigung – funktioniere. – Mit dem Instrument – in seinen drei Unterteilungen – könne flexibel auf neue Herausforderungen in der Integrationsarbeit – auch mit einem zusätzlichen Qualifizierungsbaustein – eingegangen werden z. B. auf die große Zahl der Geflüchteten. Die Integrationslotsinnen und -lotsen seien für die Orientierung bei der Integration ausgebildet und spezialisiert für Flüchtlinge; das Konzept Stadtteilmütter sei im Landesprogramm erhalten worden.

Die Förderung über FAV erfolge maximal für zwei Jahre. Danach könne man sich auf eine reguläre Stelle im Landesprogramm oder für andere Berufe bewerben oder weiterqualifizieren. – Es sei erfreulich, dass Parlament und Senat gemeinsam die Erfolgsgeschichte Stadtteilmütter/Integrationslotsen, Kiezfrauen geschrieben hätten.

**Andreas Germershausen** (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) bedankt sich für die positive Rückmeldung. Die Vorbereitung der Einrichtung eines Be-

rufsbild sei im Juni 2015 begonnen und in der zweiten Jahreshälfte 2015 vorbereitet worden, sodass nun die konkrete Umsetzung in Kooperation mit einer Hochschule begonnen werden könne.

Höherwertigen Tätigkeiten im Rahmen des Landesprogramms könnten etwa die Anleitung und Unterstützung von Stadtteilmüttern und Integrationslotsen sein. Angesichts der zusätzliche Bedarfe in der Großunterkunft Flughafen Tempelhof und LAGeSo sei ein zusätzlicher Träger beauftragt worden, über den Lotsinnen und Lotsen für diese Einrichtungen eingesetzt würden; auch hier seien Personen mit Koordinierungsfähigkeiten gefragt.

**Elke Breitenbach** (LINKE) fordert, dass ihre Fragen nach der Art der Vergabe nicht beantwortet würden. Wie funktioniere die Arbeit der Integrationslotsen im LAGeSo bzw. in Unterkünften, wie die Übergabe an andere? Solle ein staatlich anerkannter Ausbildungsberuf geschaffen werden? Gebe es hierzu auch eine Initiative auf Bundesebene? Stimme sich Berlin diesbezüglich mit Brandenburg ab, was wegen der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten sinnvoll wäre? – Selbst wenn ein Berufsbild bestehe, sei fraglich, ob die Bereitschaft bestehe, Integrationslotsen einzustellen.

Die Frage, wie viele Integrationslotsinnen und -lotsen den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft hätten, sei unzureichend, solange es kein Berufsbild gebe. Ein Berufsbild zu schaffen sei richtig, da dieses spezifische Tätigkeitsfeld erhalten bleiben solle. Diese Arbeiten hätten nur über öffentlich geförderte Beschäftigung geleistet werden können; hätte der Bund Gelder für langfristige Förderung bereitgestellt, hätten die Bundesländer mit Integrationslotsen diese Arbeit erhalten können. – Viele Stadtteilmütter und Integrationslotsen hätten im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht anerkannt worden seien. Sei die Anerkennung dieser Kompetenzen und Berufsqualifikationen vorgesehen? – Könne SenArbIntFrau den Ausschussmitgliedern Unterlagen zur Standard- und Aufbauqualifikation übermitteln?

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) entgegnet, die Grünen befürworteten ebenfalls die Entwicklung eines Berufsbildes. Die Frage sei gewesen, wer eine Chance habe, eine Berufsausbildung zu machen, für die ein Schulabschluss Voraussetzung sei. In Deutschland bestehe immer das Problem, dass nicht Kompetenzen entscheidend seien, sondern Zertifikate. In anderen Ländern testeten die potenziellen Arbeitgeber die Kenntnisse und Fähigkeiten eines Bewerbers. Die Grünen forderten, dass Integrationslotsen und Stadtteilmütter ihren individuellen Voraussetzungen entsprechend zertifiziert würden. Welche Institution fördere das Nachholen eines Schulabschlusses? Ihre Frage, wie viele es geschafft hätten, eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, sei nicht beantwortet worden. Wie viele könnten vom Landesprogramm aufgefangen werden, warum ausschließlich vom Landesprogramm und nicht wie die Grünen im zweiten Antrag forderten, auch von den Bezirken und von Trägern?

**Fabio Reinhardt** (PIRATEN) bemerkt, auch er wünsche die Beantwortung seiner Fragen. Wie viele weiterqualifizierte Integrationslotsen seien im ersten Arbeitsmarkt erfolgreich gewesen? – Wie weit sei die Entwicklung des Berufsbilds 2015 gediehen? Lügen konkrete Ergebnisse der Arbeit der Expertengruppe vor? Wenn ja, könnten sie den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden? Was solle zusammen mit welcher Hochschule umgesetzt werden, bis wann und mit welchem Ziel? Wann sei die Entwicklung des Berufsbilds abgeschlossen?

**Canan Bayram** (GRÜNE) erkundigt sich, wo das Einsatzgebiet der Integrationslotsen festgelegt sei. Würden sie auch in den Jobcentern zur Unterstützung von Geflüchteten eingesetzt, wenn ja, in welcher Form?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) bemerkt, die letzte Frage zeige schon, wie groß der Bedarf an Weiterbeschäftigung der Integrationslotsen auch nach der Beschäftigungsförderung sei z. B. in den Jobcentern, in den Unterkünften. Dementsprechend groß seien die Beschäftigungschancen. Es gebe Beispiele, wo Integrationslotsen nach Ende ihrer Beschäftigungsförderung in Jobcentern eingestellt worden seien.

In den großen Notunterkünften gäben die Integrationslotsen den Geflüchteten Orientierung. Mit ihren Sprachkenntnissen, dem gleichen oder ähnlichen kulturellen Hintergrund, teilweise eigener Migrationserfahrung und Empathie seien die Integrationslotsen eine große Hilfe für die Neuankömmlinge. Auch für Heimbetreiber, Ehrenamtliche, Schulen und Kitas seien die Integrationslotsen wichtige Ansprechpartner. – Den Abgeordneten gingen Informationen über Basis- und Zusatzqualifikationen im Detail zu.

Bezüglich der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erinnere sie daran, dass Langzeitarbeitslose wie auch Integrationslotsinnen und -lotsen meist multiple Vermittlungshemmnisse hätten, die nicht nach einem Jahr Programm behoben sein könnten. Das Berliner Jobcoaching für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sehe erst den schrittweisen Abbau der Vermittlungshemmnisse und danach den Schritt in Richtung Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt vor. Erfolge bestünden nicht nur in der Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt, sondern auch im Erwerb eines Schulabschlusses oder Ähnlichem.

**Andreas Germershausen** (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) berichtet, nach Abschluss des Doppelhaushalts sei eine Neuvergabeverfahren begonnen worden, das noch nicht abgeschlossen sei. Der Vertrag mit dem bisherigen Dienstleister sei verlängert worden.

Zum Einsatz der Integrationslotsen seien mit dem LAGeSo und der Caritas Vereinbarungen getroffen worden, woraus sich die Einsatzart ergebe. Die Lotsen hätten im Wartebereich und zw. Ärzten und besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen die Kommunikation unterstützt. Als Fachaufsicht begrenze SenArbIntFrau den Einsatz, sodass sie in asylrechtlichen Fragen oder im Arzt-Patienten-Gespräch nicht vermitteln, wofür sie auch nicht qualifiziert seien.

Auf der Tagung über das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und -lotsen im Juni 2015 sei erst einmal über eine gemeinsame Zielsetzung bei der Erarbeitung des Berufsbilds diskutiert worden. Einige hätten drei Berufsbilder präferiert. Nach dem Klärungsprozess in der zweiten Jahreshälfte stehe fest, dass ein einheitliches Berufsbild orientiert an den Bedarfen des Arbeitsmarkts erarbeitet werden solle. Ein Berufsbild habe auch die Funktion der Wertschätzung für die Tätigkeit, auch wenn die Betroffenen keinen Aufstieg wünschten. Beteiligt seien die Alice-Salomon-Hochschule und SenBildJugWiss. Der normalerweise zwei Jahre dauernde Schulversuch solle, wenn möglich, verkürzt werden. Das Berufsbild werde erst einmal für das Land Berlin entwickelt, wobei Erfahrungen aus anderen Bundesländern einbezogen würden. Die Anregung, mit Brandenburg Erfahrungen auszutauschen, nehme er gerne auf.

Beim Übergang in den ersten Arbeitsmarkt aus der öffentlich geförderten Beschäftigung hätten im letzten Jahrzehnt nur geringe Erfolge erzielt werden können. Er unterstütze den Aufstieg in höherwertige und besser bezahlte Tätigkeiten. Die Sprungbrettfunktion des Landesrahmenprogramms für Personen, die aus der öffentlich geförderten Beschäftigung kämen, sei intendiert.

**Elke Breitenbach** (LINKE) stellt klar, sie wolle wissen, ob Berlin bei der Erarbeitung des Berufsbilds mit Brandenburg zusammenarbeite. Ein gemeinsames Berufsbild wäre sinnvoll.

**Andreas Germershausen** (SenArbIntFrau; Landesbeauftragter für Integration und Migration) sagt zu, diesbezüglich an Brandenburg heranzutreten.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass es beim Thema Integrationslotsen und Stadtteilmütter nicht nur um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt gehen sollte, sondern auch darum, neue, einer Einwanderungsgesellschaft gemäße Berufsbilder zu etablieren. Nach erheblichen Kürzungen in den letzten Jahrzehnten müsse die soziale Infrastruktur nun wieder über öffentliche Förderung aufgebaut werden.

**Elke Breitenbach** (LINKE) entgegnet, dann müssten die Grünen folgerichtig den Antrag Drucksache 17/2265 zurückziehen, da dort als Ziel die Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt formuliert sei. Gehe es darum, die Tätigkeit der verschiedenen benannten Maßnahmen zu erhalten, sei das Berufsbild der richtige Weg.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) befürwortet die Schaffung eines Berufsbilds Integrationslotsin/-lotse. Sie sollten sowohl auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden als auch auf einem zweiten Arbeitsmarkt ihre Tätigkeit ausüben können. Der zweite Antrag ihrer Fraktion Drucksache 17/2334 baue auf den ersten auf. Es sollten Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch die Bezirke oder freie Träger Stadtteilmütter/Integrationslotsen beschäftigen könnten. – Der Berichtstermin beider Anträge solle in „31. Mai 2016“ geändert werden.

**Vorsitzende Anja Kofbinger** stellt fest, dass die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 2 a abgeschlossen sei.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum die Ablehnung des im Berichtstermin geänderten Grünen-Antrags Drucksache 17/2265. Für den im Berichtstermin geänderten Grünen-Antrags Drucksache 17/2334 empfiehlt der Ausschuss dem Plenum ebenfalls die Ablehnung.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Präventionsarbeit gegen islamischen Extremismus**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der  
CDU)

[0205](#)  
ArbIntFrau

**Burkard Dregger** (CDU) erinnert daran, dass sich der Ausschuss bereits häufiger mit dem Thema Radikalisierung befasst habe. Berlin führe das erfolgreiche Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fort, was seine Fraktion unterstütze. Seit

einigen Jahren seien die Tendenz zur Radikalisierung bei Islamisten zu beobachten, wogegen vorgegangen werden müsse. Erfreulicherweise habe die Koalition bzw. das Parlament im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 ein Landesprogramm zur Radikalisierungsprävention mit 1,62 Mio. Euro abgesichert, das von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt erarbeitet worden sei. Für sein Engagement dafür bedanke er sich beim Abgeordneten Freiberg (CDU). Was plane der Senat mit dem Geld zu unternehmen, welche Konzepte gebe es? Wie könnten die Parlamentarier die Islamismusprävention unterstützen?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) bemerkt, Senat und Parlament begriffen die Präventionsarbeit gegen islamischen Extremismus als wichtige Aufgabe. Der Krieg in Syrien und im Irak habe Auswirkungen in Berlin: bezüglich der Flüchtlinge, aber auch in öffentlichen Diskussionen in Schulen und in der Gesellschaft. Lehrkräfte und pädagogisches Personal seien mit einer neuen Situation konfrontiert. Sie müssten auch aufklären über den Unterschied von Islam und Islamismus, damit keine Islamfeindlichkeit aufkomme.

In Berlin lebten nach Angaben des Verfassungsschutzes vom November 2015 etwa 670 – bundesweit 8 000 – Personen, die der salafistischen Szene zuzurechnen sind. 350 davon seien gewaltorientiert, Tendenz steigend. 100 in Berlin – bundesweit 750 – islamistische Extremisten reisten nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden in den vergangenen Jahren von Berlin Richtung Syrien oder Irak, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder Terrororganisationen logistisch, finanziell oder propagandistisch zu unterstützen. Etwa ein Duzend Islamisten aus Berlin seien im Krieg dort getötet worden. Etwa ein Drittel der Ausgereisten kehrten wieder nach Berlin zurück.

Mit dem Landesprogramm Radikalisierungsprävention würden Präventionsstrategien gegen islamistischen Extremismus umgesetzt. Federführung habe SenInnSport mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt. In Verantwortung von SenArbIntFrau werde Präventionsarbeit geleistet im Landesprogramm gegen Rassismus und Antisemitismus. Mit den Landesmitteln würden Bundesprogramme kofinanziert z. B. Projekte des Programms „Demokratie leben!“ des BMFSJ. Die unterschiedlichen Verwaltungen stimmten sich eng in der Präventionsarbeit ab. SenArbIntFrau fördere eher Primärpräventionsarbeit – Angebote für bestimmte Zielgruppen, die noch nicht gefährdet seien –, SenInnSport die Sekundär- und Tertiärprävention.

Erfolgreich sei das Projekt „Bahira“, das in der Şehitlik-Moschee angesiedelt sei. Es stärke die Community. Wenn die Moschee selbst Überzeugungsarbeit für einen friedlichen Islam leiste, sei dies besonders wirkkraftig. Hier werde auch mit Eltern und Geschwister von gefährdeten Jugendlichen gearbeitet. Ein weiteres erfolgreiches Projekt sei „Ufuq“, wo es um Fortbildung, Begleitung und Beratung von pädagogischen Fachkräften in der Islamismusprävention gehe. Die häufig überforderten Lehrkräfte würden direkt in den Schulen begleitet, dort würden Diskussionsveranstaltungen abgehalten etc.

**Ute Violet** (SenInnSport; Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt) stellt fest, dass Berlin eine Hochburg der dschihadistischen-salafistischen Bewegung sei. Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt habe die Federführung für die Bündelung und Vernetzung der von Bund oder Land geförderte Maßnahmen in Berlin. Die Landeskommission habe die Aufgabe, ein Berliner Förderprogramm und eine Gesamtstrategie zur Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung zu erarbeiten. Nach einer Bestandsanalyse konzentriere sich die Kommission auf Lücken. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus sei in der Ver-

mittlung interkultureller Kompetenzen sehr gut, außerdem in der Multiplikatorenschulung mit dem von „Demokratie leben!“ geförderten Projekt „Ufuq“. Hauptziele sehe die Kommission folglich in der Spezialprävention: der Vermeidung, Früherkennung und Umkehrung von Radikalisierungsprozessen. Förderziele seien die Aufklärung über propagandistische Vorgehensweisen und Rekrutierungsmethoden radikaler Gruppierungen. Wichtig sei auch die geschlechterorientierte Aufklärung. Es solle verhindert werden, dass sich junge Muslime oder Konvertiten radikalisierten und dem sog. IS anschlossen. Über die Folgen einer Ausreise und dem Anschluss an eine terroristische Vereinigung – auch für Mädchen – solle aufgeklärt werden.

Aufklärung müsse eingebettet werden in Information über Islam, Salafismus. Es gehe in den Workshops um die Identitätsstärkung, Arbeit an Biografien und die Förderung von Dialogfähigkeit zw. Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Identitäten. Gefördert werde vor allem die Spezialprävention. Das Projekt „Maxime Berlin“ von Violence Prevention Network – VPN – leiste eine hervorragende Arbeit, indem es mit Schülerinnen und Schülern in einen interreligiösen Dialog einsteige und Sozialarbeit leiste.

Förderschwerpunkte seien Aufklärungsworkshops an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere für Mädchen. Aufgeklärt werde auch über Internetpropaganda. Ein weiteres Projekt sei die Beratungsstelle „Kompass“. Auch kleine Initiativen um Förderbeiträge könnten sich bewerben.

Das Landesprogramm Radikalisierungsprävention sei im September von der Landeskommission und am 22. Dezember vom Senat beschlossen worden. Das Abgeordnetenhaus habe 760 000 Euro für 2016 und 860 000 Euro für 2017 im Haushalt zur Verfügung gestellt. 4,5 Stellen seien für die Landeskoordinierungsstelle bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt angesiedelt. Am 7. Januar 2016 habe die Landeskommission getagt und über die Förderprojekte entschieden, nachdem im Herbst für Aufklärungsworkshops Interessenbekundungen durchgeführt und Förderrichtlinien für Projekte erstellt worden seien, worauf 18 Bewerbungen eingegangen seien und nun 13 gefördert würden: für Aufklärungsworkshops durch den Träger VPN 110 000 Euro, für eine Workshopreihe „Wir wollen leben“ von Ufuq knapp 42 900 Euro, für genderorientierte Aufklärungsworkshops von VPN 86 000 Euro, für „Gesicht zeigen – für ein weltoffenes Deutschland!“ ein Projekt für Mädchen 17 500 Euro, für ein Aufklärungsprojekt von VPN gegen Internetpropaganda durch Facebook 25 000 Euro – dazu kämen 75 000 Euro vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und eine Kofinanzierung vom Innenministerium Hessen. Gefördert werde ein weiteres Internetprojekt „Die Tränen der Dawa“ von VPN. Viele Projekte stammten von VPN, bisher sei die Trägerlandschaft jedoch begrenzt. Ziel sei der Aufbau einer Trägerlandschaft zu diesem Thema.

Gefördert werde die Beratungsstelle „Kompass“ von VPN, die Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit leiste und eng mit dem Deradikalisierungsnetzwerk bei SenInnSport zusammenarbeite. Gefördert werde die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie – RAA –, wo vor allem junge muslimische Multiplikatoren ausgebildet würden, wofür das dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ 75 000 Euro finanziere. Gegen Radikalisierungsbemühungen in Flüchtlingseinrichtungen setze man auf die aufsuchende Sozialarbeit für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, ein Projekt, das auch von VPN betrieben werde. Weiter fördere man die Beratungsstelle „Hayat Berlin“ vom Zentrum für demokratische Kultur, die

sich vor allem an Eltern und Angehörige von radikalisierten oder radikalierungsgefährdeten Menschen wende. Das Projekt „Ufuq“ werde mit jugendlichen muslimischen Teamerinnen und Teamern gefördert, die an Schulen und anderen Einrichtungen Workshops anböten; auch hier sei eine zusätzliche Förderung über „Demokratie leben!“ ermöglicht worden. Vom Institut für Kulturanalyse werde das Projekt „Interkulturelle Übergangsräume“ gefördert, wo pädagogisches Personal geschult werde, gegen frühe Diskriminierung vorgehen zu können.

Nun solle die Vernetzung und Bündelung der Angebote in Berlin angegangen werden. Hierzu würden Koordinierungsgremien und ein Beirat eingerichtet. Auch die wissenschaftliche Begleitung müsse gesichert werden und sei in der konzeptionellen Entwicklung. Kriterien für ein strategisches und operatives Controlling würden erarbeitet. – Am 1. Juni 2016 finde eine Dialogveranstaltung der Landeskommission gegen Gewalt im Dialog mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis statt, an der auch Senator Henkel teilnehmen werde.

**Vorsitzende Anja Kofbinger** bittet, die Liste der geförderten Projekte den Ausschussmitgliedern zukommen zu lassen.

**Dr. Susanna Kahlefeld** (GRÜNE) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Alle hätten die Wichtigkeit des Themas erkannt und sähen die Notwendigkeit zu handeln. Die überregional bekannten Träger seien für ihre Qualität bekannt. Da das Konzept des Landesprogramms erst vor zwei Tagen vorgelegt worden sei, hätten sich die Fraktionen nicht ausreichend vorbereiten können.

**Sabine Bangert** (GRÜNE) weist darauf hin, dass Radikalisierung bei jungen Menschen häufig aus einer Perspektivlosigkeit – bezüglich schulischer oder beruflicher Ausbildung – resultiere. Sie vermisse berufliche Perspektiven eröffnende Maßnahmen des Senats. Kampagnen wie „Berlin braucht dich!“ reichten hier nicht aus. Jugendlichen müsse deutlich gemacht werden, dass sie in dieser Gesellschaft gebraucht würden. Was werde jugendlichen Migranten bezüglich Ausbildung und Beruf angeboten?

**Rainer-Michael Lehmann** (SPD) betont, dass Berlin vorbildlich darin sei, da die Prävention mit zwei Landesprogrammen gefördert werde. Wie sei die Zusammenarbeit mit den anderen Senatsverwaltungen z. B. SenBildJugWiss? Gerade in der Umsetzung der Maßnahmen sei die Abstimmung sehr wichtig.

**Hakan Taş** (LINKE) erinnert an die Anhörung im Verfassungsschutzausschuss 17/36 am 15. April 2016, wo die genannten Träger Hayat oder VPN, Ufuq und Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA – angehört worden seien. Dies zeige, dass sich in der Prävention mehrere Träger engagierten. Weitere zu beteiligen, sei auch notwendig. Der Vertreter von Ufuq habe betont, dass Sensibilisierung notwendig, Alarmismus aber kontraproduktiv sei. Deshalb sollten nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch SenArbIntFrau Vertreter von Familien und Schulen immer wieder aufmerksam machen. Seien radikalisierte Jugendliche in der Şehitlik-Moschee zu erreichen, mit der SenArbIntFrau zusammenarbeite? Sehe SenInnSport eine Möglichkeit, die Jugendlichen in den im Verfassungsschutz genannten Moscheen in Zusammenarbeit mit Trägern zu erreichen?

**Michael Freiberg** (CDU) bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Es sei erfreulich, dass die Präventionsinitiative des Parlament nun umgesetzt werde. Menschen vor islamistischem

Extremismus abzuhalten, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die viele Ressorts betreffe. Auch die Parteien hätten sich mit langem Atem zu engagieren. Wie erfolge die Vernetzung im Senat? Würden die Ausstiegsmöglichkeiten öffentlich gemacht?

**Bürgermeisterin Dilek Kolat** (SenArbIntFrau) antwortet, in der Prävention arbeiteten die Senatsverwaltungen über die von ihnen finanzierten Projekte zusammen. Besuche man ein Projekt, könne man ggf. problemlos an das passende andere Projekt weitergeleitet werden. Auch SenBildJugWiss sei an der Landeskommision beteiligt; dort finde enge Abstimmung statt.

Die Antwort auf Radikalisierung – nach Rekrutierung aus dem Ausland durch IS und Al Kaida – seien konkreten präventive Maßnahmen, selbstverständlich seien aber auch die Perspektiven der Jugendlichen und ihre soziale Situation ausschlaggebend. Jugendliche mit beruflicher Perspektive, Erfolg in der Schule und sozialer Anerkennung seien weniger anfällig für extremistische Propaganda. Die zahlreichen Ausbildungs- und beruflichen Maßnahmen für Jugendliche mit Migrationshintergrund und für geflüchtete Jugendliche aufzuzählen, sei sie gerne einmal mehr bereit: Jugendberufsagentur, Ausbildung in Sicht, BAPP, „Berlin braucht dich!“ etc.

Ebenso wichtig sei die Demokratiebildung. Je früher Jugendliche mit den gemeinsamen Werten und Demokratiebildung erreicht werde, desto besser wirke dies als Prävention. Deshalb sei das Programm bei SenArbIntFrau im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und Demokratiestärkung angesiedelt. Wenn gewünscht, könnten die Programme und Maßnahmen gerne noch einmal schriftlich aufgelistet werden.

**Ute Violet** (SenInnSport; Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt) erläutert, die Landeskommision sei ein ressortübergreifendes Gremium, in dem die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen aller betroffener Verwaltungen, also auch SenBildJugWiss, zusammenarbeiteten. Auf Fachverwaltungsebene würden Gremien eingerichtet wie die Koordinierungsgruppe, in denen sich die verschiedenen Verwaltungen austauschten und abstimmten. Dort werde auch mit Vertretern aus der Praxis und der Wissenschaft diskutiert. Die Moscheegemeinden seien für einen Beirat vorgesehen. Senator Henkel führe Dialogveranstaltungen mit Moscheevertretern und Migrantenvereinen durch.

Perspektivlosigkeit sei ein möglicher Grund für Radikalisierung, doch gebe es zahlreiche Gründe, die zusammenwirkten, auch Rassismus und Diskriminierung und psychologische Faktoren: der Wunsch, Macht auszuüben, Sehnsucht nach Halt, Abenteuerlust etc. All diese Faktoren würden berücksichtigt. VPN setze mit seiner aufsuchenden Sozialarbeit individuell bei diesen Ursachen an.

**Michael Freiberg** (CDU) bittet, dass SenArbIntFrau die angebotene Zusammenstellung der Programme und Maßnahmen dem Ausschuss zukommen lassen möge.

**Vorsitzende Anja Kofbinger** hält fest, dass SenInnSport und SenArbIntFrau die zugesagten Unterlagen liefern sollten. Damit sei die Besprechung abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache 17/2268

**Ankommen – Teilhaben – Bleiben. Flüchtlingspolitik  
für Berlin.**

**Hier: Flüchtlingen mit pädagogischer Qualifikation  
Tätigkeitsfelder in Kita und Schule eröffnen**

[0213](#)

ArbIntFrau

BildJugFam(f)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.

\* \* \* \* \*